

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- Für Ihre Unterlagen -

Petition an den Deutschen Bundestag
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Persönliche Daten des Hauptpetenten

Anrede	Herr
Name	Orlikowski
Vorname	Achim
Titel	Anerkennung Palästinas als Zwei-Staaten-Lösung

Anschrift

Wohnort	Köln
Postleitzahl	50996
Straße und Hausnr.	Postfach 501108
Land/Bundesland	Deutschland
Telefonnummer	0174 375 28 28
E-Mail-Adresse	aorlikowski@web.de

Wortlaut der Petition

Wir fordern von der Bundesregierung:

Unverzügliche offizielle Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesrepublik Deutschland.

Aktives Eintreten für die Anerkennung Palästinas als Zwei-Staaten-Lösung in allen internationalen Gremien.

Palästina unverzüglich als souveränen Staat anzuerkennen und sich aktiv für die Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen.

Damit Deutschland seiner Verantwortung für Frieden, Völkerrecht und Menschlichkeit gerecht wird.

Begründung

Die Anerkennung Palästinas als souveräner Staat ist längst überfällig. Deutschland kann und darf nicht länger abseitsstehen, wenn es um die Verwirklichung einer gerechten und dauerhaften Lösung des Nahostkonflikts geht. Die Zwei-Staaten-Lösung ist seit Jahrzehnten internationaler Konsens – doch ohne die offizielle Anerkennung Palästinas bleibt sie ein Lippenbekenntnis.

Bereits im Mai 2024 hat die UN-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit empfohlen, Palästina als Vollmitglied aufzunehmen. 143 Staaten weltweit haben Palästina bereits anerkannt. Deutschland hingegen schweigt. Damit isoliert sich unsere Republik zunehmend von der internationalen Gemeinschaft, die – wie Le Monde schrieb – „in der Anerkennung Palästinas den einzigen realistischen Weg zu Frieden sieht“. Die Tagesschau kommentierte jüngst: „Ohne einen palästinensischen Staat bleibt der Frieden eine Illusion.“

Auch in Deutschland wächst der Druck. Laut einer Umfrage des ZDF-Politbarometers befürwortet eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die Anerkennung Palästinas. Die Süddeutsche Zeitung titelte jüngst: „Die Zwei-Staaten-Lösung ist die letzte verbliebene Chance auf einen gerechten Frieden.“ Deutschland darf diesen Weg nicht länger blockieren.

Deutschland muss endlich Verantwortung übernehmen: Nicht länger Worte, sondern Taten. Jetzt ist der Moment, Palästina anzuerkennen und der Zwei-Staaten-Lösung eine reale Chance zu geben.

Die Anerkennung Palästinas würde:

Völkerrechtliche Gerechtigkeit herstellen: Die Palästinenser haben dasselbe Recht auf Selbstbestimmung wie alle Völker, aber genauso wie Israel selbst bei seiner Staatsgründung am 29. November 1947.

Neue Verhandlungen ermöglichen:

Nur zwei anerkannte Staaten können gleichberechtigt und glaubwürdig miteinander verhandeln.

Deutschlands Glaubwürdigkeit wahren: Deutschland kann nicht für Menschenrechte eintreten und gleichzeitig einem ganzen Volk das Recht auf Staatlichkeit verweigern.

Ein Signal für Frieden senden: Ein Schritt, der zeigt, dass Diplomatie und Gerechtigkeit Vorrang vor Gewalt

haben.

Selbst US-Präsident Joe Biden sagte bereits 2024: „Die Zwei-Staaten-Lösung bleibt der einzige Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden.“ Der frühere UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warnte: „Ohne einen palästinensischen Staat wird es keinen Frieden im Nahen Osten geben.“

Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf:

Erkennen Sie Palästina offiziell als souveränen Staat an und setzen Sie sich aktiv, entschlossen und öffentlich für die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung ein.

Die Geschichte wird Ihr Handeln bewerten. Zeigen Sie, dass Deutschland bereit ist, für Frieden, Recht und Menschlichkeit einzustehen.

Anregungen für die Forendiskussion

143 Staaten erkennen Palästina bereits an – warum zögert Deutschland noch?

Kann es Frieden geben, solange Deutschland Palästina die Anerkennung verweigert?

Welche Verantwortung trägt Deutschland angesichts der Geschichte, heute klare Haltung zu zeigen?

Ist die Zwei-Staaten-Lösung die einzige realistische Chance für dauerhaften Frieden?

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257
